Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 67 (1973)

Heft: 2

Artikel: Sambia unter Druck : Rhodesiens Blockade gegen Sambia ; Sambias Gegenblockade ; Binnenlage macht abhängig ; Alternativen für Transportwege ; Warum Devisenschwund? ; Drastische Sparmassnahmen ; Landwirtschaftliches Dringlichkeitsprogramm ; Übergang zum E...

Autor: Kremos, Helen

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142167

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dazu seien noch die ermutigenden Worte des Ersten Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinz Oskar Vetter, erwänt:

«Es ist bemerkenswert, wenn aus einzelnen Unternehmen heraus — sei es von den Unternehmern, sei es von den Beschäftigten dieser Unternehmen — Initiativen entwickelt werden, den Demokratie-Gedanken auch in kleinere Betriebe hineinzutragen. Die deutschen Gewerkschaften haben Initiativen dieser Art, unter denen die der Firma Joh. Friedrich Behrens auf besondere Weise herausragen, stets aus Distanz beobachtet, jedoch in keinem Falle aus einer Position der Gegnerschaft heraus.»

Es geht aus vorstehenden Zuschriften an die Herausgeber der Ahrensburger Festschrift hervor, daß ihr Modell, wie die Scott Bader Commonwealth Pionierleistungen, Ausgangspositionen sind, könnte man sagen, aber Unternehmungen, die ihre Lebensfähigkeit nicht allein durch ihren geschäftlichen Erfolg, sondern auch durch das überzeugte Einstehen der Mitarbeiter für diese Form der Demokratie in der Wirtschaft bewiesen haben.

Um mit den Worten Professor Künzlis zu schließen: «Diese Ahrensburger Modell ist ein Experiment, das einen Weg weist — nicht mehr, aber auch nicht weniger — zu einem postmarxistischen Sozialismus, der sich als einen Lernprozeß versteht. Es geht in Westeuropa nicht darum, drei, vier Vietnams, sondern darum, Dutzende, Hunderte von Ahrensburger Modellen zu schaffen.» — Red.

Sambia unter Druck

Rhodesiens Blockade gegen Sambia

Die rhodesische Regierung hat am 9. Januar die Grenzen gegen das benachbarte Sambia bis auf weiteres geschlossen. Diese Grenzschließung bedeutet eine Abriegelung der gesamten Ex- und Importe — mit Ausnahme der Kupferexporte — über rhodesisches Gebiet. Diese Maßnahmen sollen ein ökonomisches Chaos herbeiführen und in der Folge möglicherweise den Sturz des sambischen Ministerpräsidenten Kenneth Kaunda und seiner Regierungspartei, der United Independence Party (UNIP). Der rhodesische Ministerpräsident, Ian Smith, macht die Wiedereröffnung der Grenzen davon abhängig, daß Kaunda die Unterstützung der afrikanischen Untergrundkämpfer aufgibt. Sambia lehnt die weißen Minderheitsregierungen im südlichen Afrika grundsätzlich ab und gewährt den von der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) anerkannten Befreiungsbewegungen Gastrecht, was in der Vergangenheit verschiedentlich zu militärischen Vergeltungsmaßnahmen seitens der weißen Regierungen geführt hat. In letzter Zeit hat die schwarze

Guerilla-Tätigkeit zugenommen. Es ereignen sich Überfälle und Minenexplosionen nicht nur in der Provinz Tete in Mosambik nahe dem Cabora-Bassa-Staudamm und dem Hafen Beira, sondern auch im nördlichen rhodesischen Grenzgebiet. Bei diesen Guerilla-Operationen wurden auch Angehörige der südafrikanischen Sicherheitstruppen und Polizei, die mit der rhodesischen Armee zusammenarbeiten, verwundet oder getötet.

Sambias Gegenblockade

Kaunda lehnte die ultimativen Forderungen der rhodesischen Extremisten rundweg ab. Das drakonische Vorgehen Rhodesiens beantwortete er mit einer Gegenblockade, das heißt mit einer Umleitung seiner Kupferexporte nach Norden (750 000 Tonnen jährlich). Dies wird sowohl für die rhodesische wie auch für die portugiesische Minderheitsregierung bedeutende Verluste zur Folge haben. Die rhodesischen Staatsbahnen, die schon lange mit Defizit arbeiten, sind auf die Kupfertransporteinnahmen dringend angewiesen. Gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Umleitung des Kupfers hat Dr. Kaunda die staatseigene Bank von Sambia angewiesen, alle finanziellen Transaktionen mit Rhodesien und der Republik Südafrika einer Genehmigungspflicht zu unterstellen.

Der jährliche Kupfertransport brachte der rhodesischen Bahn mehr als 15 Millionen Pfund ein. Für Südafrika bedeutet das Ausscheiden Sambias als Handelspartner noch größere Einbußen. Die letztjährigen Exporte nach Sambia beliefen sich auf 30 Millionen Pfund. Eine Ausweitung des Konflikts würde eine offene Verschärfung in den Beziehungen zu Schwarzafrika nach sich ziehen, was das von der Regierung Pretoria propagierte Image von herrschender Stabilität und Frieden in Südafrika in Frage stellen könnte. Des weitern hat Südafrika ein großes Interesse daran, für seine Fertigwaren Absatz auf den afrikanischen Märkten zu finden. Nach Presseberichten zu schließen, distanziert sich denn auch der südafrikanische Premierminister Vorster von der rhodesischen Grenzschließung; er gibt bekannt, sie sei ohne sein Wissen beschlossen worden. Diese Erklärung brachte Smith in der Regierung von seiten seiner Opponenten jeder Schattierung (progressiv und konservativ) schärfste Kritik ein. Die konservative Rhodesia Partei erklärte, diese Grenzschließung bedeute für Sambia nur vorübergehenden Schaden, für Rhodesien jedoch nicht wieder gutzumachende Verluste. In diesem Sinn äußerte sich Kaunda kürzlich dem Commonwealth Korrespondenten Colin Legum («The Observer», 21. Jan. 1973) gegenüber, indem er die Blockade als Glück im Unglück (a blessing in disguise) bezeichnete, da sie die Möglichkeit zu einer Loslösung der Handelsbeziehungen mit dem weißen südlichen Afrika biete.

Binnenlage macht abhängig

Eine andauernde Sperre der üblichen Transportwege, wie sie jetzt Sambia aufgezwungen wurde, könnte das Binnenland Sambia in arge Bedrängnis bringen, denn es ist für die Aufrechterhaltung seiner Bergwerksbetriebe und für seine Nahrungsmittelversorgung auf den Import von Energie, Kohle, Maschinen (-Ersatzteilen), Fahrzeugen und lebenswichtigen Nahrungsmitteln angewiesen. Zudem wird die gegenwärtig herrschende Dürre den diesjährigen Ernteertrag stark vermindern, und es ist fraglich, ob die zwar reichlich angelegten Vorräte an Hauptnahrungsmitteln den Bedarf für längere Zeit decken können.

Eine Eisenbahnblockade, die Ian Smith 1966 (zwei Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung Sambias) schon einmal in Szene gesetzt hatte und die Sambia politisch und wirtschaftlich überlebte, war Warnung und Anstoß, sich von dieser bedrohlichen Abhängigkeit zu lösen. Sambia befindet sich heute in einer unvergleichlich besseren Lage als zur Zeit der rhodesischen Unabhängigkeitserklärung 1965.

Alternativen für Transportwege

In den letzten Jahren hat Sambia seine Flughäfen und sein Straßennetz weitgehend ausgebaut. Geteerte Straßen führen jetzt von der Hauptstadt Lusaka zum Kupfergürtel und an die Grenzen. Sambia kann jetzt über drei Ausweichtransportwege verfügen.

Die Benguela-Bahn, die vom sambischen Kupfergürtel durch Zaïre und Angola an den angolanischen Hafen Lobito am Atlantischen Ozean führt, die bis jetzt monatlich 13 000 Tonnen Kupfer transportierte und deren Kapazität, gemäß einer Meldung der Eisenbahnverwaltung, auf 30 000 bis 40 000 Tonnen erhöht werden könnte.

Eine andere Möglichkeit ist die geteerte Hauptstraße von Lusaka nach Salima in Malawi, von wo eine Bahn an den Hafen Nacala in Mosambik führt. Malawis Staatschef, Dr. Banda, würde den Gütertransport sehr begrüßen.

Die dritte Alternative wäre auf der Überlandstraße (highway) über Makambako in Tansania an den Hafen von Daresalam. Tausend Lastwagen können zur Verfügung gestellt werden, um monatlich 33 000 Tonnen Kupfer an die tansanische Küste zu befördern. Außerdem besteht die Möglichkeit einer Güterumladung in Makambako auf die von den Chinesen bis hieher fertig erstellte Tan-Sam-Bahn, wodurch der monatliche Kupfertransport auf 40 000 Tonnen erhöht werden könnte. Bei Überforderung des Hafens Daressalam stehen zwei weitere tansanische Häfen, Mtwara und Tanga sowie Kenyas Hafen Mombasa zur Verfügung. Japan, das überall seine Fühler ausstreckt, ist es gelungen, auch in Sambia Fuß zu fassen. Im Rahmen eines für Sambia günstigen 105-Millionen-Pfund-Kredits wird Japan für den einsetzenden Verkehr der Tan-Sam-Bahn dreihundert Eisenbahnwagen liefern.

Es hat sich nun erwiesen, daß eine Grenzschließung keine wirtschaftliche Blockade nach sich zieht. Offenbar glaubten die Rhodesier, der südliche Transportweg sei lebenswichtig für Sambia. Ein wirtschaftliches Chaos könnte ausgelöst werden durch eine vollständige Sperre der Stromversorgung aus dem gemeinsamen rhodesisch-sambischen Wasserkraftwerk am Karibasee, dessen Generatoren sich auf rhodesischem Boden befinden. Durch ein Abstellen der Schaltanlagen würden die Wasserpumpen in den sambischen Bergwerken außer Kraft gesetzt, was zu einer Überflutung führen würde. Die Frage bleibt offen, was ein solch vertragswidriges Vorgehen für politische Folgen — auch für das Regime Smith — nach sich ziehen würde.

Wir weisen in diesem Zusammenhang auf ein Buch von Richard Hull*, dem Auslandkorrespondenten für verschiedene führende englische Zeitungen hin. Es ist eine Analyse aufgrund seiner jahrelangen journalistischen Tätigkeit in Sambia, wo er in engem Kontakt mit Kenneth Kaunda und seiner Regierung stand, über Sambias Dilemma (nach der rhodesischen Unabhängigkeitserklärung, UDI), über die englische Regierungspolitik Sambia betreffend und die Schwarz-Weiß-Konfrontation im südlichen Afrika. Unter anderm legt der Autor dar, wie die sambischen Vorschläge zur Erschließung neuer Transportwege, worunter die Erstellung einer Erdölleitung durch Tansania und eine Bahnlinie von Daressalam nach Sambia figurierte, vom englischen Premierminister Harald Wilson und andern westlichen Kreisen (darunter die Weltbank und die UNO) als unrealisierbar, weil unwirtschaftlich, zurückgewiesen wurden. Die Pipeline wurde 1968 ohne ausländische Finanzhilfe zu günstigen Bedingungen von einer italienischen Firma erstellt. Der Bau der vorgeschlagenen Tan-Sam-Bahn wurde von China als ausführbar und wirtschaftlich eingeschätzt. Die Erstellung der Eisenbahnlinie von 1859 Kilometer ist in vollem Gang mit einem gegenwärtigen Einsatz von 30 000 chinesischen und einheimischen Arbeitskräften. Das Binnenland Sambia wird durch diese Verbindung den längst ersehnten wirtschaftlichen und politischen Anschluß an die ostafrikanischen Staaten erhalten. Die gleichen Kreise, die den Bau der Bahn ablehnten, erklärten in der Folge den Auftrag an China als Verrat und kommunistische Bedrohung für die westliche Welt.

Warum Devisenschwund?

Zu den mannigfachen außenpolitischen Schwierigkeiten, die Sambias innenpolitische Stabilität seit seiner Unabhängigkeitserklärung 1964 ständig bedrohen, hat der andauernde Tiefstand der Kupferpreise (Kupfer 95 Prozent des gesamten Exports, 42 Prozent des

---

* Richard Hull: The High Principles. Kaunda and the White South. Hodder & Stoughton, 1969.

Bruttosozialprodukts) die Wirtschaftslage und Entwicklungsstrategie stark beeinträchtigt. Der Kupferpreis sank von 748 Pfund pro Tonne (März 1970) auf 400 Pfund (Dez. 1971), was einen Devisenschwund von 240 Millionen Pfund auf 130 Millionen Pfund (Sept. 1971) nach sich zog. Der gegenwärtige Devisenstand beträgt noch 50 Millionen Pfund.

Drastische Sparmaßnahmen

Das Haushaltbudget mit einem Defizit von 130 Millionen Pfund wurde in der Folge um ein Drittel gekürzt. Importlizenzen wurden beschnitten oder annulliert, zollpflichtige Waren mit einer Sondersteuer von 5 Prozent belegt, fünfzig Diplomaten aus dem Ausland zurückberufen, geplante Entwicklkungsprojekte (Eisen- und Stahlindustrie) zurückgestellt.

Landwirtschaftliches Dringlichkkeitsprogramm

Eine schnellere Produktionssteigerung von Hauptnahrungsmitteln durch staatliche Hilfe und Anleihen der Weltbank geht erfolgreich vonstatten. Ihr Ziel ist eine Verbesserung der Versorgungslage, eine Verminderung der Importe aus dem Ausland (USA, Kanada, Südafrika, Rhodesien) und ein Aufhalten des Devisenschwundes.

Übergang zum Einparteienstaat

In Sambia wies das spannungsgeladene innenpolitische Klima seit der Unabhängigwerdung deutlich darauf hin, daß früher oder später die Auflösung des Mehrparteiensystems zu erwarten war. Das Parlament hat nun auf Jahresende 1972 die Verfassungsänderung zum Einparteienstaat gebilligt. Damit wird die offizielle Partei, die United National Independence Party (UNIP) zur alleinigen, legalen Partei. Diese Umbildung ermöglicht es, alteingesessene Berufspolitiker durch jüngere, besser geschulte Kräfte, vor allem Technokraten, für die nationale Aufbauarbeit einzusetzen. Die einzige noch verbleibende Oppositionspartei, African National Council (ANC), mit ihrem Führer Nkumbula, der sich auf mehrere hunderttausend Tonga- und Ila-Stammesangehörige abstützt, belegt 22 von 110 Sitzen im Parlament. Sie kann bis zu den parlamentarischen Neuwahlen Ende 1973 als unabhängige Partei weiterhin im Parlament aktiv bleiben.

Opposition gefährdet die Regierung

Der Abschaffung der Oppositionsparteien gingen jahrelange politische Uneinigkeiten, Stammesfehden, Kampagnen gegen die Regierungsmaßnahmen voraus, die das ganze Land in feindliche Lager spaltete.

Die schwerste Bedrohung für Kaundas Regierung kam von seiten Kapwepwes, dem ehemaligen Außenminister und späteren Vizepräsidenten, der in vergangenen Jahren öfters stellvertretend für Kaunda als Sprecher in heiklen Angelegenheiten in London und Washington auftrat. Kapwepwe, ein eigenmächtiger Politiker, glänzender Redner, maßlos in seinen Attacken, Führer des mächtigen Bembastammes im Kupfergürtel, verwarf sich schließlich nach mehrmals geschlossenem und gebrochenem Burgfrieden endgültig mit Kenneth Kaunda. Er gründete im August 1971 die Oppositionspartei United Progressive Party (UPP). Parteizwistigkeiten, hochgespielte Stammesgegensätze zerstörten in der Folge jede fruchtbare Zusammenarbeit zwischen UNIP, ANC und UPP. Am 4. Februar 1972 wurde die UPP als illegal erklärt und Kapwepwe zusammen mit über hundert Parteimitgliedern verhaftet, worauf die Anhänger der UPP eine neue Oppositionspartei, die United People's Party gründeten, deren Zielsetzung die Verhinderung des Einparteiensystems war.

Die Befürchtung der Unterwanderung der oppositionellen Parteien durch südafrika- und rhodesienfreundliche Elemente erwies sich nach gemachten Waffenfunden rhodesischer und südafrikanischer Herkunft als berechtigt.

Inzwischen ist die größere Anzahl der Verhafteten wieder freigelassen worden und zu Beginn dieses Jahres (vor der rhodesischen Grenzschließung) ebenfalls Kapwepwe. Diese Freilassungen zeigen deutlich, daß kein Machtmißbrauch im neuen Einparteienstaat zu befürchten ist. Kaunda forderte in einer öffentlichen Ansprache zur nationalen Einigung, zum Sammeln aller Kräfte auf, um die dringenden innenpolitischen Probleme (Arbeitslosigkeit, Wohnbau, Erziehung, Gesundheitswesen) lösen zu können. Er bezeichnete Oppositionsparteien ohne ein klar umrissenes politisches Programm als einen Luxus, den Sambia sich nicht mehr leisten könne. Wie sich die Aussöhnung zwischen Kaunda, Kapwepwe und Nkumbula in der Einheitspartei — von Kaunda «Mitbestimmungsdemokratie» genannt — verwirklichen läßt, wird wohl schon die nächste Zukunft zeigen. Kapwepwe wird, wenn er sich um Mitgliedschaft in der UNIP bewirbt, gewiß Anspruch auf einen hohen Regierungsposten erheben, was einige Probleme verursachen dürfte. Es wäre denkbar, daß es dem vorsichtigen, klugen und erfahrungsreichen Staatschef Kaunda jetzt, da das nationale Interesse so vordringlich geworden ist, gelingen könnte, den Zusammenschluß herbeizuführen.

Helen Kremos